

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
Mittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM, frei
im Haus, einschließlich der Posten. Einzelhefte 0.10 RM. Die Frau und ihre Welt.
Der bessere Alltag. „Wöchentliches Wissen für Alle.“ Unterhaltungsbeilage.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer
Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abz.: Zeitung.
Anzeigen werden die festgesetzte Anzahl Zeilen (je 10 Zeilen) über deren
Raum mit 15 Pf. berechnet; auswärts 20 Pf. Bei Überholung ent-
sprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pf. Verbindlichkeit
für Druck, Datumschrift und Belieferung ausgeschlossen. Annahmehöhe
für Offerten und Ankündigungen beträgt 15 Pf. Zeitungsbeilagen werden billiger
berechnet. Zahlungen an Postkonten Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 153

Donnerstag, den 22. Dezember 1932

25. Jahrgang.

Die Winterhilfe des Reiches

Nähezu 7 Millionen Bezugsberechtigte — Arbeit und Speisung für rund 300 000 Jugendliche
Gesamtkostenaufwand 46 Millionen Mark

Kritische Lage in Südwest

Die Selbstverwaltung Südwesafrikas darf nicht angelastet werden.

Der Vorsitzende des Deutschen Bundes für Südwestafrika, Albert Voigts, hat in einem Offenen Brief eine ernste Warnung an die Vereinigte Nationale Südwestpartei gerichtet, von ihrem Plane abzulassen, die Selbstverwaltung Südwesafrikas zu beseitigen und das Land statt dessen zu einer fünften Provinz der Südafrikanischen Union zu machen. Der bereits früher von der Südwestpartei aufgetragene, dann aber auf Drängen der deutschen Bevölkerung fallengelassene Plan sieht vor, daß Vertreter der südwesafrikanischen Bevölkerung Sitze in den beiden Häusern des Unionsparlamentes erhalten. Geist und Inhalt des Mandatsstatus soll durch diese Neuordnung nach Ansicht der Südafrikanerpartei nicht angefaßt werden.

Wenn jetzt die Vereinigte Nationale Südwestpartei auf eine Aufhebung der Selbstverwaltung Südwesafrikas und eine Überführung der Verwaltung des Landes in die Form einer Provinzialregierung hinstrebt, so legt sie sich in Widerspruch mit festerlich übernommenen Verpflichtungen und der von ihr bisher verfolgten Politik. Im März d. J. hatten sich die Vertreter des Deutschen Reichs und die Vertreter der Südafrikaner in einer Konferenz über eine harmonische Zusammenarbeit aller Bevölkerungsstämme Südwesafrikas geeinigt und beschlossen, der Südafrikanischen Union als dem Mandatar des Völkerbundes den gemeinsamen Wunsch der Bevölkerung auf Anerkennung der deutschen Sprache als Amtssprache, auf volle Gleichberechtigung der Deutschen hinsichtlich des Wahlrechts und auf Erweiterung der Selbstverwaltung vorzutragen.

Angesichts der nunmehr offensichtlichen Kurschwengung der Südafrikanerpartei erklärt der Vorsitzende des Deutschen Bundes u. a.: „Der in dem Deutschen Bund organisierte deutsche Bevölkerungsteil wird der Vereinigten Nationalen Südwestpartei auf dem neuen Wege ihrer Politik nicht folgen können, da der Beschluß auf eine Veränderung des Mandatsstatus des Landes hinsichtlich und seine Verwirklichung außerdem wirtschaftlich für das Land von Nachteil wäre. Denn die Entsendung von Vertretern der Südwesafrikaner in das Unionsparlament, wo sie über Angelegenheiten der Union mit zu beschließen hätten, ist mit dem Charakter des Landes als Mandatsland unvereinbar. Solange also das Mandat besteht, kann von einer Entsendung von Südwesafrikanern in das Unionsparlament keine Rede sein. Ueber die Beendigung des Mandats entscheidet nicht die Südwesafrikanerpartei, sondern die Grobmächte, welche Unterzeichner des Versailles Vertrages oder Mitglieder des Völkerbundes sind.“

Die Überführung Südwesafrikas in den Zustand einer Provinz ist zudem, wenn sie politisch möglich wäre, wirtschaftlich für das Land von Nachteil. Südwest muß als ein ausschließlich Rohstoffe produzierendes Land eine andere Wirtschaftspolitik treiben als die Provinzen, welche auch verarbeitende Industrien haben. Infolgedessen muß z. B. die Zollpolitik in Südwesafrika eine andere sein als die einer Provinz der Union, wenn es nicht Schaden erleiden soll. Dieser Sonderzustand ist ja auch von der Vereinigten Nationalen Südwestpartei anerkannt worden, indem sie den Wünschen der Bevölkerung entsprechend ebenfalls die Einlegung einer Untersuchungskommission gefordert hat, welche die Wirkungen der Zollpolitik der Union auf die Wirtschaft Südwesafrikas untersuchen sollte.

Die in dem Deutschen Bund organisierte deutsche Bevölkerung steht auf dem Standpunkt, daß der Mandatscharakter unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben muß und daß dem Lande auch alle Vorteile, welche sich aus diesem Mandatsverhältnis ergeben, voll erhalten bleiben müssen. Sie wird daher ihre Hand nicht dazu bieten können, daß an dem Mandatscharakter des Landes irgendwie gerüttelt wird. Sie wird ebenfalls sich an Handlungen beteiligen können, durch die das Land in einen politischen Zwischenzustand übergeführt wird, durch welchen der Entscheidung der Grobmächte über das spätere Schicksal dieses Landes vorgegriffen oder diese in eine bestimmte Richtung gedrängt würde.

Die deutsche Bevölkerung ist diese Haltung nicht nur sich selbst und dem Lande Südwesafrika, sondern auch ihrer eigenen Heimat schuldig. Sie wird sich nie dazu hergeben können, an Plänen mitzuwirken, welche Deutschland die Freiheit des Handels rauben würden, wenn es einmal zu einer allgemeinen Regelung der Kolonialfrage kommt.

Der Vorsitzende des Deutschen Bundes richtet am Schluß seines Offenen Schreibens an die Südwesafrikanerpartei die eindringende Warnung, den Eindruck zu vermeiden, als ob die Bevölkerung Südwesafrikas in ihrer Gesamtheit die Überführung des Mandatsstatus in den Zustand einer Unionsprovinz wünscht. Die deutsche Bevölkerung sei nach wie vor zur aufrichtigen Zusammenarbeit mit allen Bevölkerungsstufen

bereit. Sie gebe die Hoffnung nicht auf, daß auch die Vereinigte Nationale Südwestpartei im Interesse des Friedens innerhalb der Bevölkerung sich zu den bisherigen Grundlagen der Zusammenarbeit mit den Deutschen in Südwest zurückfinden werde.

Ausmaß der Winterhilfe

Verbilligungsscheine für alle Unterstufen. — Unterstufungsdauer vom 1. Januar bis 30. April.

Berlin, 22. Dezember.

Die Winterhilfsmassnahmen der Reichsregierung werden in Form eines gemeinsamen umfangreichen Erlasses des Reichsarbeitsministeriums, des Reichsernährungsministeriums und des Reichsinnenministeriums an die Länder ins Werk gesetzt. Die Vorschläge des Reichsarbeitsministers Dr. Sengpiels sehen in großen Zügen folgendes vor:

Mit Wirkung vom 1. Januar bis zum 30. April werden sogenannte Reichsverbilligungsscheine ausgegeben, die zum Bezug von folgenden Bedarfsartikeln berechtigen:

1. Viermal im Monat je ein Pfund Frischfleisch, verbilligt je Pfund um 0,30 RM; an Stelle von Frischfleisch kann frische, nicht geräucherte Wurst treten.
2. Zweimal im Monat je ein Zentner Hausbrandkohle, verbilligt um 0,30 RM je Zentner.
3. Einmal im Monat kann an Stelle von einem Pfund Frischfleisch oder Wurst treten ein Pfund Schmalz, ein Brot oder zwei Pfund Seife.

Bezugsberechtigt sind alle Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsfürsorge, ferner alle diejenigen, die aus der öffentlichen Fürsorge unterstützt werden. Die in Heimen untergebrachten Personen kommen nicht in Frage. Weiter sind bezugsberechtigt die Empfänger von Zuschüssen in der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Aus diesem Grunde erklärt sich die verhältnismäßig hohe Zahl der Bezugsberechtigten in Höhe von 6,9 Millionen. Die Kosten für die oben bezeichneten Verbilligungen belaufen sich auf rund 37 Millionen RM, die aus Mitteln des Reichshaushalts bestritten werden. Hinzu dürfte voraussichtlich noch ein Beitrag von 9 Millionen RM für das sogenannte

Notwerk der deutschen Jugend

kommen. Es wird sich auf etwa 200 000 bis 300 000 Jugendliche erstrecken. Für jeden dieser Jugendlichen soll ein Zuschuß zu einer warmen Mahlzeit täglich in Höhe von 20 Pfennigen gegeben werden. Voraussetzung ist, daß der Jugendliche mindestens vier Stunden am Tage beschäftigt ist. Der Zuschuß wird an jede Organisation, Kameradschaft, Gruppe und dergleichen gegeben werden, die eine solche Beschäftigung in die Wege leitet.

Die Winterhilfsaktion der Reichsregierung wird in unterrichteten Kreisen als eine Maßnahmnahme angesehen, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden dürfte. Im Vergleich zu ähnlichen Maßnahmen anderer Länder kann festgestellt werden, daß Deutschland allen anderen weit voraus ist und weit mehr leistet, als alle anderen Staaten.

Die Schwierigkeiten für die Winterhilfe werden dadurch gesteigert, daß nach den letzten Berechnungen die Zahl der Arbeitslosen erheblich zugenommen hat. Es wird sich wahrscheinlich um eine Steigerung von rund 200 000 bis 250 000 Arbeitslosen handeln. Im vergangenen Jahre betrug die Steigerung im gleichen Zeitraum 300 000. Für diese neuen Unterstützungsempfänger müssen nun nicht nur die erforderlichen Mittel der Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden, sondern sie müssen auch für die Winterhilfsaktion berücksichtigt werden.

Amnestie in Kraft

Schleunige Durchführung der Entlassungen angeordnet.

Berlin, 22. Dezember.

Nachdem das Amnestiegesetz mit der Unterzeichnung des Reichspräsidenten Rechtskraft erlangt hat, haben die Landesregierungen alsbald die Strafverfolgungs- und Strafvollstreckungsbehörden aufgefordert, unverzüglich zu prüfen, welche Verfahren im Falle der Verkündung des Gesetzes durch den Reichspräsidenten unter den Straferlass, die Strafminderung und die Einstellung fallen. In erster Linie sollen diejenigen Sachen in Bearbeitung genommen werden, in denen zur Zeit eine Freiheitsstrafe vollstreckt wird oder Untersuchungshaft verhängt ist. Dabei soll mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß in Fällen, in denen das Gesetz noch vor Weihnachten durchgeführt wird.

Unter keinen Umständen soll infolge der Festtage eine Verzögerung eintreten. Die preußischen Justizbehörden

wurden daher ermächtigt, die zur notwendigen Durchführung des Gesetzes notwendigen Hilfskräfte heranzuziehen. Am einzelnen wurde noch folgendes bestimmt: Die Vollstreckungsbehörden sollen die Vollstreckung der Freiheitsstrafen, welche unter das Amnestiegesetz fallen, sofort unterbrechen. Falls über die Zulässigkeit der Einstellung oder Fortführung einer Strafvollstreckung Zweifel bestehen, soll umgehend die Entscheidung des Gerichts herbeigeführt werden. Die bei den Staatsanwaltschaften und Anwaltschaften nach Schwere der Verbrechen, möglichst sofort nach seiner Verkündung eingestellt werden. Im Zweifelsfalle soll ungeeignet eine Entscheidung des Gerichts beantragt werden. Ebenso soll in den gerichtlich anhängigen Verfahren alsbald eine Entscheidung des Gerichts über die Anwendbarkeit des Gesetzes herbeigeführt werden.

350 Entlassungen in Berlin

Auf Grund der Amnestie werden nach den bisherigen Feststellungen aus den Berliner Strafanklagen und dem Untersuchungsgesängnis Moabit ab Donnerstag etwa 350 Inhaftierte auf freien Fuß gesetzt werden, unter denen sich auch der Schriftsteller Carl von Ossietzky, der wegen Landesverrats eine Gefängnisstrafe von einem Jahr sechs Monaten verbüßt, und voraussichtlich einige Angeklagte des Felsen- und -Prozesses befinden. Ferner werden die vor den Sondergerichten wegen Transportgefährdung anlässlich des Berliner Verkehrsstreiks Verurteilten amnestiert.

Auch die in vielen Landfriedensbruchprozessen Verurteilten werden aus den Strafanklagen entlassen werden. Ebenso wird den kürzlich vom OHLauer Sondergericht verurteilten Reichsbankbeamten die Amnestie zugute kommen. Auch die bisher von Sondergerichten abgeurteilten politischen Straftaten, soweit es sich nicht um Totschlag aus politischen Beweggründen handelt, fallen unter die Amnestie. Bedingt die wegen Rädelsführerschaft beim Landfriedensbruch auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen den politischen Terror zu zehn Jahren Zuchthaus Verurteilten müssen ihre Strafen abgeben, die aber in Gefängnisstrafen von zwei Jahren sechs Monaten umgewandelt werden. Außerdem fallen sämtliche politischen Beileidigungsprozesse unter die Amnestie. Auch Dr. Roosen, der den Anschlag auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther verübte, kommt die Amnestie zugute. Bedingt die vom Sondergericht Reuthe n zur Todesstrafe verurteilten fünf Nationalsozialisten, denen allerdings die Todesstrafe vom Reichskommissar für Preußen in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt wurde, fallen nicht unter die Amnestie. Bei dem jetzt der SPD. angehörenden früheren Reichsmehrleutnant Scheringer wird es zumindest zweifelhaft sein, da hier noch zu prüfen ist, ob Scheringer aus ungewöhnlichen Beweggründen gehandelt hat. Würde diese Frage bejaht, so würde auch Scheringer unter die Amnestie fallen.

Die Aufhebung der Sondergerichte

Die Verordnung der Reichsregierung über die Aufhebung der Sondergerichte ist am Mittwoch im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Die Tätigkeit der Sondergerichte endet demnach mit dem Ablauf des 21. Dezember 1932.

Landkreise bei Schleicher

Arbeitsbeschaffung durch öffentliche Aufträge und Siedlung. Finanzierung ohne inflationistische Experimente.

Berlin, 22. Dezember.

Der Reichszentraler empfing am Mittwoch Vorstandsmitglieder des Landkreistages unter Führung des Präsidenten Dr. von Stempel. Anknüpfend an die Rundfunkrede des Reichszentralers, in der als vorbildliche Regierungsaussage die Arbeitsbeschaffung bezeichnet wurde, haben die Vertreter die Auffassung des Landkreistages über die wichtige Frage vorgetragen. Nur leistungsfähige Arbeitsbeschaffung könne die schwere Finanzlage der Landkreise erleichtern. Vergebung öffentlicher Arbeiten sei einzig und allein in der Lage, die Privatwirtschaft wieder aufzuleben und die Zahl der Wohlfahrtsverwerfungen zu senken.

Eine Finanzierung lediglich durch Darlehen müsse wegen der damit verbundenen nicht zu verantwortenden Vermehrung der kommunalen Schulden vermieden werden. Die Einbeziehung der Steuerungsbeiträge in das Finanzierungsprojekt entspreche der Auffassung des Landkreistages. Bei dem Plan der Reichsregierung, die Großstädte durch Siedlungen aufzulockern, sei der Landkreistag bereit, mitzuwirken, besonders da die Landkreise als kommunalpolitische Betreuer des flachen Landes für diese Aufgabe unentbehrlich seien.

Es verlaute noch, daß der außerordentlich fruchtbare Gedankenaustausch eine Zusammenarbeit von Reichsregierung und Landkreise auf diesen wichtigsten Arbeitsgebieten gesichert habe.

Ausprache Gerechtigkeit—Luther

Jahresnahme mit den Verbänden.

Der Reichskommissar für die Arbeitsbeschaffung, Dr. Gerecht, hatte eine längere Besprechung mit dem Reichsverband der Arbeitgeber, Dr. Luther. Die Besprechung wird sich auf die Frage der Finanzierung der von Dr. Gerecht vorgeschlagenen Arbeitsbeschaffungspläne beziehen. Ferner fand eine Aussprache Dr. Gerechts mit den Vertretern der kommunalen Arbeitsbeschaffungsverbände statt, in der die Durchführung eines öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms (Sofortprogramm) ausführlich erörtert wurde. Der gleichen Angelegenheit diente auch eine Fußlingnahme Dr. Gerechts mit dem Stahlhelmführer Seidte.

Japan soll Genf verlassen

Ein Vorschlag der mandchurischen Regierung.

Tokio, 22. Dezember.

Die mandchurische Regierung hat der Regierung in Tokio unter Bezugnahme auf den von japanischer Seite ausgehenden Vorschlag, eine gemeinsame Grundlage für die beiden Länder und damit im Fernen Osten einen dauerhaften Frieden herzustellen, den Austritt Japans aus dem Völkerbund vorgeschlagen.

Wie verlautet, hat die Regierung von Manchukuo darauf hingewiesen, daß der Völkerbund nicht einmal die europäischen Probleme lösen könne und dennoch wage, sich mit dem mandchurischen Problem abzugeben. Die mandchurische Regierung schlägt deshalb den Austritt Japans aus dem Völkerbund vor, damit der Grundhof, „Ästen den Ästen“ verwirklicht werden könne und damit ferner dem unglücklichen Zustand ein Ende bereitet werde, daß das mandchurische Problem von im Völkerbund vertretenen Ländern behandelt werde, die an dem Fernen Osten kein Interesse hätten.

Auch China ist völkerbundsmüde

Die chinesischen Zeitungen in allen Städten Chinas sehen sich bestig für den Austritt Chinas aus dem Völkerbund ein, weil unter den gegebenen Umständen der Austritt Chinas aus dem Völkerbund der einzige Weg sei.

Die Ablehnung der östlichen Staaten von Genf kann nach dem völligen Versagen des Völkerbundes in den Mandchurenkonflikten nicht mehr wundernehmen. Monatelang haben sich der Rat und zuletzt der Neunzehnerausschuß der außerordentlichen Völkerbundversammlung vergeblich um eine Beilegung des japanisch-chinesischen Streites bemüht. Augenblicklich ruben die Genfer Verhandlungen vollständig. Sie dürften auch kaum vor Mitte Januar wieder in Gang kommen. Inzwischen drohen schon wieder neue Verwicklungen im Fernen Osten. Nach einer sowjetrussischen Meldung aus Mukden trifft China an den Grenzen der mongolischen Provinz Jehol alle Vorbereitungen, um seinerseits einen Vormarsch zur Wahrung der japanischen Pläne anzutreten. Marischall Tschangchiang hat in Schanhai eine Brigade zusammengezogen und zwei weitere Brigaden nach diesem wichtigen strategischen Punkt beordert, um zum Gegenangriff gegen die Japaner gerüstet zu sein.

Ausschuß beschließt Rentenentzug

Das Siedlungsprogramm der Reichsregierung.

Berlin, 21. Dezember.

Im Siedlungsausschuß des Reichstages fand eine ausgedehnte Aussprache über Siedlungsfragen statt. Landes- und Reichsministerpräsident Bobbin vom Reichsernährungsministerium führte aus, voraussichtlich werde eine größere Landmenge nicht entscheidungsfähigen Bessiges im Laufe des Winters für Siedlungszwecke frei. Diese Landmenge beläuft sich auf etwa 200 000 Hektar, wovon ein Teil allerdings für Siedlungszwecke nicht geeignet sein werde. Im Etat für 1933 würden wieder 50 Millionen RM für Siedlungszwecke bereitgestellt werden. Regierungsrat Dr. Sager teilte bezüglich der Landbeschaffung mit, daß 50 000 Hektar sich am 1. Oktober noch in den Händen der Siedlungsträger befanden hätten. Auf diesem Land ließen sich etwa 3500 Stellen schaffen. Verhandlungen über die weitere Landbeschaffung seien im Gange, so daß rechtzeitig für 1933 ein größeres Siedlungsprogramm vorbereitet werden könne.

Der Ausschuß nahm zum Schluß seiner Beratungen einen Antrag an, wonach die Renten der mit Reichsmitteln

angelegten Siedler mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab für die Dauer von zwei Jahren von 5 auf 3 Prozent herabgesetzt werden sollen. Für die mit Bundesmitteln angelegten Siedler wird eine gleiche Herabsetzung angesetzt. In Härtefällen sollten die zuständigen Stellen weitere Hilfsmittel bewilligen. Sämtliche nach der Inflation entstandenen Siedlungen sollten sofort auf die Höhe der Renten und ihre Tragfähigkeit nachgeprüft und das Ergebnis der Prüfung dem Reichstag vorgelegt werden.

Munitions- und Waffensund

Waldenburg, 22. Dezember.

Auf dem Schloß des im Zusammenhang mit dem Sprengstoffleibhaft in Annau verhafteten Barons von Zedlitz-Neudorf wurden in den letzten Tagen weitere Hausdurchsuchungen vorgenommen. Nach dem Vollerbericht sind 6000 Schuß Infanteriemunition in Kisten verpackt und eingemauert gefunden worden. Weiter sei im nahen Walde ein Unterstand entdeckt worden, in dem sich ein Gewehr und Munition befand.

Landesverräter zu Zuchthaus verurteilt

Berlin, 22. Dezember.

Der 1. Strafsenat des Kammergerichts verurteilte den preußischen Staatsangehörigen Alfred Bahr wegen versuchten Betrugs militärischer Geheimnisse zu sechs Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht. Der Angeklagte habe versucht, deutsche Reichsangehörige dem polnischen Spionagedienst als Agenten zuzuführen, sowie diesem geheim zu haltende Nachrichten über die Grenzbesatzungen zu übermitteln.

Urteile des Staatsgerichtshofs

Die Änderung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags für verfassungsmäßig erklärt.

Leipzig, 21. Dezember.

In dem Streitverfahren wegen der Änderung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags hat der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich nunmehr das Urteil verkündet. Eingeklagt wurde die Klage von der nationalsozialistischen Fraktion des Preussischen Landtags; ihr Ziel war die Aufhebung des Beschlusses des früheren Landtags, wonach in Zukunft die Neuwahl des preussischen Ministerpräsidenten durch eine absolute Mehrheit erfolgen muß. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs, die Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke verkündete, lautet:

Die Anträge werden zurückgewiesen. Die Abänderung des zweiten Satzes des Absatzes 2 des § 20 der Geschäftsordnung des Preussischen Landtags, wonach eine Stichwahl bei der Wahl des Ministerpräsidenten nicht mehr zulässig ist, ist demnach vom Staatsgerichtshof als der Verfassung entsprechend bezeichnet worden.

Weiter hat der Staatsgerichtshof die Klage der sozialdemokratischen Fraktion gegen den Landtagspräsidenten Kertl in der Frage des Einberufungstermins des Landtags dahin entschieden, der Präsident habe nach Artikel 17 Absatz 3 Satz 2 der preussischen Verfassung auf Verlangen der sozialdemokratischen Fraktion vom 3. August 1932 den Landtag nicht erst zum 30. August einberufen dürfen.

Sachsen verliert Kirchenprozeß

Schließlich hat der Staatsgerichtshof noch in der Klage der evangelischen Landeskirche Sachsens gegen das Land Sachsen wegen Zahlung von Entschädigung an die Kirche den Anträgen der Kirche im wesentlichen stattgegeben. Der Staat muß also für eine Reihe von Einkünften, die die Kirche nicht mehr hat, Ersatz leisten. Er muß zu den Besoldungen der Pfarrer und Kirchenbeamten Zuschüsse leisten, und er muß außerdem in Höhe von 5 Millionen RM nachzahlen, was er bisher zu zahlen verweigert hat.

Wie weiter von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, fallen durch die Aufhebung der einzelnen Notverordnungen auch die vom Reichsminister des Innern auf Grund der Ermächtigung erlassenen Verordnungen fort, wonach die Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verboten waren. Dagegen bleibt die sogenannte Bürgerfriedens-Verordnung des Reichspräsidenten bestehen, die bis zum 2. Januar 1933 alle öffentlichen Versammlungen ver-

bietet. Weiter ist noch hervorzuheben, daß auch alle Bestimmungen über die amtlichen Auftragsnachrichten in der Presse jetzt in Kraft kommen.

Der Zweck der Neuordnung

In Erfüllung der Verordnung zur Erhaltung des inneren Friedens wird amtlich mitgeteilt: Die zur wirtschaftlichen Erholung notwendige Aushebung aller abfälligen Störungen des öffentlichen Friedens hat in den letzten Jahren eine große Zahl von Notverordnungen notwendig gemacht, die die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte beschränken haben.

Die jetzt sichtlich eingetretene politische Beruhigung der Reichsregierung veranlaßt den Reichspräsidenten die Aufhebung eines Teiles dieser Sonderverordnungen, und zwar die Aufhebung der Verordnungen gegen politische Aushebungen und gegen den politischen Terror vorzuziehen. Deren Geltungsbereich von vornherein nur für die Zeit bedingter politischer Spannungen gedacht war, und die daher jetzt entbehrt werden können. Denn es verliert sich von selbst, daß es für jede Regierung wünschenswert ist, die normalen gesetzlichen Vorschriften nur solange durch Sondermaßnahmen zur Sicherung der Staatsautorität zu verdrängen, dies unumgänglich notwendig ist.

Mit der Aufhebung der genannten Notverordnungen kommen außer ihren verhängenen Strafbestimmungen a. a. M. die Bestimmungen der Verordnungen in Kraft, die die Versammlungsfreiheit und die Presse über das normale Maß hinaus beschränken haben.

Die Reichsregierung ging dabei von der Erwartung aus, daß die politischen Meinungsverschiedenheiten schließlich in der Öffentlichkeit in einer Form ausgetragen werden, die das deutsche Volk als einer Kulturlation würdig anerkennen. Wie der Reichstanzler bereits in seiner Rundfunkrede mitgeteilt hat, hat der Reichspräsident dem Vorschlag der Reichsregierung im Vertrauen auf den gesunden Sinn der ordnungsliebenden Bevölkerung entgegen, dabei aber den Ausdruck gebracht, daß er nicht zögern würde, eine solche Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes zu erlassen, falls er sich wider Erwarten in seinem Vertrauen geirrt haben sollte.

Um einen klaren Rechtszustand zu schaffen, erlassen es angebracht, im Zusammenhang mit der Aufhebung der politischen Notverordnungen schon jetzt das Gesetz über die Dauer am 31. Dezember d. J. abzulösen wäre.

Ein uneingeschränkter Fortfall dieses Gesetzes war allerdings nicht möglich, da in ihm Vorschriften enthalten sind, die zur Sicherung des öffentlichen Lebens gegen den gefährlichen Angriff nicht entbehrt werden können. Es sind daher in die neue Verordnung einige Vorschriften des Reichsstaatsgesetzes übernommen worden, für deren dauernde Beibehaltung eine Notwendigkeit besteht, wie z. B. auch die Vorschriften, die der Sicherung des Staates gegen hochverräterische Angriffe dienen.

Zwischenfälle in Altona

50 Schiffe auf ein nationalsozialistisches Verkehrslokal. SS-Mann schwer verletzt.

Altona, 22. Dezember.

In Altona wurde ein nationalsozialistisches Verkehrslokal beschossen. Der Polizeibericht darüber lautet:

Mehrere unbekannte Täter, vermutlich Anhänger der KPD, haben etwa 50 Schiffe auf eine in der Breiten Straße gelegene Schankwirtschaft abgegeben. Die Wirtschaft wurde seit kurzer Zeit einem SS-Sturm der NSDAP als Verkehrslokal. Die Täter sind nach Abgabe der Schiffe in die fliegende geschickelt. Polizeiliche Nachforschungen waren ohne Erfolg. Ein in dem Lokal wohnender Nationalsozialist wurde durch Beinschuß und Rückenstreichung verletzt. Er mußte sofort ins Krankenhaus übergeführt werden. Sämtliche Fenster des Lokals und der darüber liegenden Wohnung sind durchgeschossen worden.

Ferner waren unbekannte Täter aus einem Krattwagen an verschiedenen Stellen der Stadt bei Verkaufsstellen der „Produktion“ sowie auch bei einigen Verkehrslokalen der SPD und der KPD, die Fenstersteinen ein.

„Doch, meine mütterliche Freundin hat mich über sie aufgeklärt und mir auch erzählt, daß Angelica dem Kloster versprochen sei.“

„Ja, sie muß büßen für die Schuld ihrer Mutter!“ Die Welt ist hart und ungerecht! Mir tut das arme Kind leid. Würden Sie sich hinter Klostermauern von der schönen Gotteswelt abschließen lassen?“

„Ich... nein! Ich bin ehlich geboren.“ „Das arme Ding kann doch nichts dafür!“ „Das ist gleichgültig. Es ist ein Kind der Sünde und muß büßen!“

„So hart spricht ein schöner Frauenmund? Haben Sie kein Herz, Sennorita Dolores? Rein, nein, Sie täuschen sich selber. Auch in Ihrem Herzen ist Erbarmen. Ich fühle es.“ Dolores ist klug, sie lenkt ein.

Ein elegantes Auto biegt in die Parkfahrrad und hält. Die Gäste betrachten erstaunt den fremden Wagen. Ein junges Mädchen, das am Steuer gesessen hat, springt heraus und tritt zu Fräulein von Colenhout.

Jetzt erkennt dieselbe den Besuch. Es ist Grit Haterdon, die Reiseführerin auf dem Zepplin. „Verzeihung, Miß Colenhout, daß ich Sie so formlos überfalle!“

„Sie sind herzlich willkommen, liebes Kind! Ich freue mich! Darf ich Sie als meinen Gast betrachten? Ja?“ „Oh, bitte, gern, Miß Colenhout.“

Grit wird den Gästen vorgestellt, die das feine, hübsche Mädel mit viel Aufmerksamkeit betrachten. Thomas Kroll aumt auf, als er Grit ansieht.

Eine etwas mittelalterliche Dame aus der Gesellschaft, Donna Spalangi, hat ihn nämlich dauernd mit Beifall begleitet und ihn mit einem schlechten Französisch, das mit spanischen und portugiesischen Brocken vermischt ist, unterhalten.

Die Donna ist mindestens vierzig, macht aber dem Thomas Augen wie eine achtzehnjährige. Thomas entschuldigt sich und läuft auf Grit zu.

Hier begrüßt er sie. „Aber das ist reizend, daß Sie Ihr Versprechen halten! Mein Freund Alfredo wird sich riesig freuen.“

„Wo steht er denn?“

(Fortsetzung folgt.)

WOLFGANG MARKEN:

KARL der kleine

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(24. Fortsetzung.)

„Welche Staatsangehörigkeit hat Sennor Colicani?“ fragt nun der Minister interessiert.

„Er ist Amerikaner!“

„Wir wären sehr glücklich, Sennorita, wenn Sennor Colicani die Staatsangehörigkeit unseres Vaterlandes erwerben würde. Ich meine, wir brauchen solche Männer wie Sennor Colicani für unser Vaterland, die keine Gelüste gütig beeinflussen. Es wäre mir ein Vergnügen, wenn ich Ihrem Schilling den Weg bahnen dürfte.“

„Wenn Sie die große Liebenswürdigkeit hätten, Herr Minister? Wie ließe es sich machen? Ich habe lebhaftes Interesse an der Karriere meines jungen Freundes.“ „Ich werde mit dem Herrn Präsidenten Rücksprache nehmen und mit General Argente, dem Kriegsminister. Ich glaube, daß es möglich sein wird, Sennor Colicani den Rang eines Leutnants in der Armee zu geben und ihn General Argente als persönlichen Adjutanten zuzuteilen.“

„Sich wird das, Herr Minister!“

„Sicher wird das auch Sennor Colicani begrüßen. Seiner sportlichen Tätigkeit steht damit nichts im Wege.“

Fräulein von Colenhout blickt vor sich hin, dann nickt sie. „Ausgezeichnet, Herr Minister. Sobald mein Schilling den Leutnants-Charge innehat, werde ich mir erlauben, Ihnen einen Scheck in der Höhe von fünftausend Pfund zur beliebigen Verfügung zu überreichen. Ihr Ministerium hat genug Möglichkeiten, diesen Betrag gut zu verwenden.“

„Sennorita sind zu gültig! Ich verwalte ja so viele Fonds, die der Wohltätigkeit dienen und dringende einer Aufstellung bedürfen.“

„Ich weiß, Herr Minister! Ich verlaße mich also ganz auf Sie!“

„Das können Sie, Sennorita!“

Karl spaziert mit Dolores im Park. Seine spanischen Kenntnisse erlauben es ihm, sich mit der taprizischen Tochter des Ministers ausgeprochen zu unterhalten.

Das schöne Mädchen läßt ihre Augen in reizender Koterie spielen, und Karl wird es ein wenig warm dabei, denn die Partnerin ist wirklich hübsch.

Hilflich taucht vor ihnen an einer Kreuzung eine weibliche Gestalt auf. Karl erkennt sie sofort. Es ist Angelica.

Auch Dolores scheint sie zu kennen, aber sie macht ein zorniges Gesicht und ruft:

„Was treibst du dich hier herum? Weißt du nicht, daß es dir von Sennorita Colenhout verboten ist? Geh aus dem Wege!“

Angelica steht blaß und verärgert. Tränen verfließen die schönen Augen.

Karls Antlitz hat sich verfinstert. Dolores herzlose Art erniedrigt ihn sofort.

„Sennorita, warum schmähen Sie das Mädchen?“ fragt er schroff.

„Sennor... sie ist...“ Karl fällt ihr ins Wort: „Eine Dame, die unter meinem Schutze steht.“ Er tritt zu Angelica und lagert freundlich zu ihr in deutscher Sprache: „Sie bitte Sie um Verzeihung für die häßlichen Worte!“

„D Herr!“ stammelt das Mädchen verwirrt. „Ich kenne Ihr trauriges Schicksal. Seien Sie versichert, daß Sie in mir einen aufrichtigen Freund haben. Wenn Sie meine Hilfe brauchen, dann lassen Sie mich durch Ihren Onkel beistehen!“

Angelica sieht Karl mit einem langen Blick dankbar an, dann greift sie ihn mit einem Reigen des Hauptes und geht weiter. Bald ist sie den Blicken entwichen.

Als Karl zu Dolores zurücktritt, da blickt er in ein Paar zornige Augen.

„Sennor Colicani, Sie sind kein Kavaliere!“ Sie sind sehr böse, Sennorita! Es steht Ihnen aber nicht. Es entfällt Ihr reizendes Auge, Ihren kleinen Mund. Se freundschaftlich Sie sind, um so schöner finde ich Sie!“

Das verfährt die stolze Tochter des Ministers wieder. Sie läßt Karl an, nimmt seinen Arm und promient weiter. „Sie sind anders als meine Landsleute, Sennor Colicani. Sie haben mich hart angefaßt, und trotzdem vermag ich nicht, Ihnen böse zu sein. Aber Sie wissen wohl, nicht, was es mit dem Mädchen für eine Bewandnis hat?“

Sonnenwende.

22. Dezember

Freue dich, freue dich, o Christenheit!
So kling's und sing's zur Weihnachtszeit,
Denn dich — nach langer dunkler Nacht
Bist du zum Leben neu erwacht. —
Tief und tief sank der Sonnenball. —
Strenge Schleiern umweben das All.
Nur verflochten noch am Firmament
Sich das lebenspendende Element
Als glühende Kugel, ohne Nacht
Die Erde zu retten aus dunkler Nacht. —
Da gebietet ein ewiges Wesen „Halt!“
Der finstern dräuenden Gewalt,
Und aus dem Dunkel bricht sich Bahn
Das Licht, und trebet himmelan.
Zerprengt die Fesseln, die es gehalten;
Zerprengt das Gewebe der finstern Gewalten
Und zwingt sie zu Boden mit feurigem Strahl;
Beherrscht in seiner Schöne das All. —
Und höher hebt sich das Herz in der Brust,
In neuer Hoffnung und Lebenslust,
Denn überwunden ist der Tiefgang der Zeit,
Denn freue dich, freue dich, o Christenheit. —
Schon längt sich der Tag — und siehe, gar bald
Regt sich's im Tale, im Feld und im Wald,
Die Knospen schwellen, es spritzt am Hang,
Und Vögelchen üben sich im Gelang.
Die Quelle, befreit vom eissigen Band,
Springt munter hervor am Waldestrand
Und spritzt dem verschlafenen Pflanzengeld,
Sitzende Tropfen in's Angefalt.
Silberne Glöcklein läuten darein
Und führen den kommenden Frühling ein. —
Und bald seh'n wir die Erde, die jungfräuliche Maid
Geschmückt mit dem schönsten Hochzeitskleid,
Gefügt von dem goldigsten Sonnenstrahl,
Der sie erwählte zu seinem Gemahl. —
Solch freundlichen Bildern geben wir Raum,
Gar gerne unter dem Weihnachtsbaum,
Der uns im Kerzenglanz als Symbol
Des Sieges, des Lichtes dienen soll.
Er leuchtet in unsere Kindheit hinein,
Umgibt sie mit heiligem Glorienchein.
Er strahlt auch heute in jedem Haus
Seinen unbezwingbaren Zauber aus,
Und spricht zu uns, wie allezeit:
„Freue dich, freue dich, o Christenheit!“ W. K.

Weihnacht

Nach den Adventswochen, voller Erwartung und Hoffnung, nach dem Trübel der Vorbereitungen auf das schönste, innigste Fest des ganzen Jahres sinkt leise der heilige Abend herab. Eine große Stille tritt ein, wie ein Aufatmen geht es durch die Menschheit, soweit Christen wohnen in aller Welt. Ruhig und verlassen liegen die Straßen, wenn die Menschen aus den Kirchen nach den Weihnachtsandachten zurückgeführt sind in ihr Heim, um im Kreise ihrer Familien froh Weihnachten zu feiern. Überall flammen die Lichteräume auf, deren Schein die Fenster festlich erhellte. Fromme Weihnachtslieder von der stillen heiligen Nacht, „Es ist ein Ros' entsprungen“ oder „O, du fröhliche“ erklingen und dringen bis hinaus in die Stille der Straßen, wo sie sich mit feierlich ernsten Glodenklängen mischen.

Der geheimnisvolle Zauber, den das Weihnachtsfest trotz aller Not und Bedrängnis unserer Zeit immer wieder auslöst, nimmt mit unwiderstehlicher Gewalt aller Herzen gefangen, und gerade in einer Zeit wie der unrigen, die voller Kämpfe ist, in der die Leidenschaften bis aufs äußerste aufgepeitscht sind, Haß und Neid die Menschen gegeneinander treiben, ist das Fest der Geburt dessen, der allein durch seine alles überwältigende Menschlichkeit den Sieg über die Mächte der Welt errang, von ganz besonderer Bedeutung. Der Sieg der Liebe und des Friedens über eine Welt voller Kampf und Irrtum, das ist das große Wunder, das die Weihnacht uns bringt. Die jubelnden Chöre der Engel, die einst den Hirten auf den Feldern Bethlehem's erklangen: „Ehre sei Gott in der Höhe und Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“, sie sollen auch heute wieder in alle Herzen dringen und ein Echo finden auch in denen, die verblüfft sind und im harten Daseinstampfe, vom Geist des Zweifels verdüstert und verggärt, und sollen sie wieder neuen Mut gewinnen lassen, im Glauben und festen Vertrauen auf den, der sie einst erlöste aus den Banden der Finsternis und des Todes. „Denn siehe, ich verkündige euch große Freude, die allem Volke widerfahren wird, denn euch ist heute der Heiland geboren.“

Mit der Geburt des Heilandes ist ein Licht aufgegangen, dessen Glanz in alle Ewigkeit nicht verlöschen wird. Er brachte das Licht in die Finsternis der Sünde, des Unglaubens und des Todes, denen die Menschheit bis dahin verfallen war. Das Licht hat den Sieg über die Gewalten der Dunkelheit errungen. Daher erfahren die Kerzen am Weihnachtsbaum und sollen einen Widerchein finden in unser aller Seelen. „Das ew'ge Licht geht da herein und gibt der Welt ein neues Gesicht, es leucht' wohl mitten in der Nacht, und uns des Lichtes Kinder mach.“ Das ist unser tiefer, inniger Wunsch in der Weihnacht.

4. Weihnachtsferien. Immer näher und näher rückt nun das Weihnachtsfest. Endlich schlägt jetzt auch für die Jugend die Stunde, in der erst die wahre Weihnachtsstimmung in ihr Herz einzieht; denn heute gab es Weihnachtsferien! 16 Tage keine Schule, keine Aufgaben, was man da nicht alles unternehmen kann! Da fehlt nur noch der Schnee, damit sich die Jugend wieder einmal gründlich ausleben kann!

+ Lebensschluß am Heiligen Abend. Nach dem Fest über den Lebensschluß am 22. Dezember vom 13. 12 1929 dürfen offene Verkaufsstellen, die ausschließlich oder überwiegend Lebensmittel, Genussmittel oder Blumen verkaufen, bis 18 Uhr geöffnet sein. Wie beim Lebensschluß noch anwesenden Kunden dürfen noch bedient werden.

* Elbersdorf. Der Sängerkor „Vierfreunde“ will auch in diesem Jahre wieder von der Veranstaltung eines Weihnachtskonzerts absehen. Dagegen laßt er öffentlich zu einem Weihnachtsfest, bestell „Gottes Wege“ ein. Dieses Spiel in 4 Akten paßt so recht in diese Zeit, in der der Haß unterdrückt und Liebe und Gemeinlichkeit gepflegt werden sollte. Weihnacht wird auch in diesem Stück gefeiert, als der verstoßene Sohn aus der Fremde zurückgeführt und der Vater, gerührt von dem Lieb „Stille Nacht — heilige Nacht“, diesen in seine Arme schließt. Da konnte man erst recht „das Fest der Liebe“ feiern. Und so sollen alle Besucher dieses Abends, eine rechte Weihnachtsstimmung mitemleben.

Aus Stadt und Land

Mord und Selbstmord. Ein 51 Jahre alter Kaufmann, der zusammen mit seiner Frau und seiner 19jährigen Tochter in der Schmorstraße in Dresden wohnte, geriet mit der Tochter in einen Streit, im Verlauf dessen er das Mädchen durch einen Kopfschuß tötete. Darauf legte er sich selbst eine Kugel in den Kopf, die seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Tabaksmuggel aufgedeckt. In Altona wurden von einer Schupstrelse mehrere Reute in der Lohmühlenstraße beobachtet, die mit einer Kradfröhle vor einem Hause vorfahren und Waren abladen. Die Beamten stellten fest, daß es sich bei der abgeladenen Ware um Schmuggelgut handelte. Die Beamten durchsuchten die Wohnung, in der die Ware versteckt worden war und fanden mehrere hundert Pakete unverpackten holländischen Tabak. Der Wohnungsinhaber, der sich in einem Schuppen versteckt hatte, wurde vorläufig festgenommen, ebenso seine Ehefrau. Die Schmuggelware wurde beschlagnahmt.

Feuertampf zwischen Polizei und Verbrechern — Zwei Verletzte. In den frühen Morgenstunden wurden in Köln zwei verdächtige Männer von Polizeibeamten gestellt. Einer der Verdächtigen gab daraufhin mehrere Pistolenschüsse ab und verletzte einen Polizeioberwachmeister durch einen Beinschuß erheblich. Auf der Flucht schossen die Verfolgten mehrmals. Der verfolgende Beamte erwiderte das Feuer und machte einen der Flüchtlinge durch einen Schuß kampfunfähig. Der zweite Flüchtling konnte entkommen.

Inserate

für die Weihnachtsnummer bis zum Freitag Mittag erbeten.

Doppelhinrichtung in Rybnik. Im Hofe des Gerichtsgängnisses in Rybnik wurde das am Dienstag verkündete Todesurteil gegen die Mörder des Landwirts Duda aus Elstfont, Adamczyk und Kubla vollstreckt, da der Staatspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hat. Der Henker, der am Abend vorher ein Todesurteil in Wadowice vollstreckt hatte, traf zwei Stunden später ein als die Exekution angeordnet war.

Fabrikbrand durch Brandstiftung. In Schwerin brach in der Pianofortefabrik Meyer in der Augustenstraße ein Brand aus. In dem dreistöckigen Fabrikgebäude standen die unteren Räume bald in Flammen. Die Räume waren derartig verqualmt, daß die Feuerwehr Gasmasken anlegen mußte. Die Kriminalpolizei stellte mehrere Brandherde fest, von denen einer nicht zur Einzündung gekommen war. Wäre das Feuer auch nur eine halbe Stunde später entbrennt worden, so wäre wahrscheinlich die Fabrik, die mit etwa 250 000 Mark verichert war, vollständig eingeeäschert worden. Der Brand wurde durch Kinder in einem Nachbargebäude entzündet, als sie in ihrem Schlafzimmer durch die starke Rauchentwicklung munter wurden. Die Kriminalpolizei hat mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Eröffnung des Antwerpener Schelde-Tunnels. Der Tunnel für Fahrzeuge, der die beiden Schelde-Tunnel von Antwerpen verbindet, wurde vom belgischen König eröffnet. Die Unterführung ist 2100 Meter lang und die Fahrbahn 6,75 Meter breit.

Probefahrten des italienischen Kreuzers „Bologna“. Der auf der Werft „Ansaldo-Genova“ erbaute neue italienische Kreuzer „Bologna“ erreichte auf seinen Probefahrten zwischen Genoa und Spezia eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 38 Meilen je Stunde. Der Kreuzer ist damit eines der schnellsten Schiffe seiner Art in der Welt.

Mammutfunde im Polarmeer. Einer Meldung aus Leningrad zufolge haben die Mitglieder der letzten Polar-expedition, die zum Ueberwintern auf der Wrangel-Insel zurückgeblieben sind, 52 Mammut-Schädel gefunden, deren einzelne ein Gewicht von 96 Pfund haben. Die Zähne sind sehr gut erhalten.

Eisenbahnunglück in Brasilien. — Sechs Tote. In der Nähe der brasilianischen Stadt Fontaleza ereignete sich infolge Zugentgleisung ein schweres Eisenbahnunglück. Fünf Fahrgäste und der Heizer wurden getötet und 40 Personen verwundet.

Erdbeben in den Vereinigten Staaten. Im Westen Nordamerikas wurden schwere Erdbeben verspürt. In Salt Lake City (Utah) blieben die Uhren in zehn Telegraphenämtern stehen. In San Francisco haben die Wächter im Staatskapitol bemerkt, daß die Kronleuchter zu schwingen begannen. Auch haben sie Krachen in der Kuppel vernommen.

Flugzeuge über dem Himalaya. Fünf englische Militärflugzeuge haben, wie das englische Luftfahrtministerium mitteilt, einen erfolgreichen Langstreckenflug über bisher unerforschte Gebiete des Himalaya-Gebirges ausgeführt, wobei viele wertvolle Aufnahmen gemacht wurden. Die Flugzeuge überflogen u. a. auch den rund 8000 Meter hohen Berg Kafapoli.

Aus dem Gerichtssaal

Zehn Jahre Zuchthaus wegen schweren Landfriedensbruchs. Wegen schweren Landfriedensbruchs, Fortschleppung und Vergehen gegen die Terror-Notverordnung wurde in Halberstadt der 25jährige Arbeiter Franz zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Franz war Anfang November in Zuchthaus (Hartz) mit etwa 50 Kommunisten beim Magistrat für die Gewährung einer Rohlenbeihilfe für die Erwerbslosen die Gewährung einer Rohlenbeihilfe dies ablehnte, zog vorstellig geworden. Als der Magistrat dies ablehnte, zog vorstellig geworden. Als der Magistrat dies ablehnte, zog vorstellig geworden. Als der Magistrat dies ablehnte, zog vorstellig geworden.

einen stadtteiligen Wald, wo sie etwa 20 junge Hähne anholten.

Geldstrafe im Beuthener Einsturzprozeß. Die Große Strafkammer Beuthen fällte nach achtstündiger Verhandlung das Urteil im Prozeß wegen des Einsturzes des Beuthener Neubaus des Beuthener Hallenbades, bei dem am 23. Oktober 1929 fünf Arbeiter getötet und acht verletzt worden waren. Der Architekt Behnisch, der als Bauherr tätig war, wurde zu 300 RM Geldstrafe verurteilt.

Gefängnis im Breslauer Bankbetrugsprozeß. Im Breslauer Bankbetrugsprozeß wurde der ehemalige Bankdirektor Julius Wiener wegen Betruges und Vergehens gegen das Depostengesetz zu einer Gefängnisstrafe von zehn Monaten verurteilt. Gegen den früheren Bankdirektor Alfred Klaffke wurde wegen vorläufigen Vergehens gegen das Depostengesetz auf eine Geldstrafe von 100 RM oder fünf Tage Gefängnis erkannt. Wiener hatte 1926/27 die Wirtschaftsbank und Treuhandbank in Breslau gegründet und zahlreiche Personen geschädigt.

Stendaler Todesurteil bestätigt. Der Erste Strafsenat des Reichsgerichts hat das Stendaler Urteil gegen den Tischlermeister G. Große aus Barnebeck, inwieweit es wegen Mordes auf Todesstrafe lautete, bestätigt. Aufgehoben wurde das Urteil inwieweit, als wegen vorläufigen Mordes in zwei Fällen in Tateinheit mit Vergehen gegen das Schußwaffengesetz auf fünf Jahre Zuchthaus erkannt worden war. Das Todesurteil ist rechtskräftig geworden.

Handelsteil

— Berlin, den 21. Dezember 1932.

Leichte Abschwächung

Die bevorstehende Unterbrechung durch die Weihnachtsfeiertage prägte sich heute stärker im Warenbild aus. Die Umsätze liefen sich daher in engen Grenzen. Montanumsätze waren weiter nach. Auch Publikumsströmen lagen nur wenig darüber vor. Einkauf konnten unter Hinweis auf die Auflagenauflage des Unternehmens weiter anziehen. Farben waren gering gehandelt. Reichsbankanteile (plus 1/4) waren wieder für Rechnung von Stillhaltungsanlagen gefragt. Auch in den übrigen Versorgungswerten wollte man Anlageguthaben in diesem Zusammenhang beobachten. RWE. gewannen 1 Prozent. Charlottenburger Wasser waren auf den höchsten Dividendenantrag und unter Hinweis auf das hohe Bankguthaben weiter befestigt. Von Brauereiwerten verloren Engelhardt erneut 1 Prozent. Einzelwerte waren etwas erhöht. Dagegen gaben Zellstoff Waldbach um 1/4 Prozent nach. Renten waren fester. Interesse bestand für Reichsbankvorsatzguthaben. Auch Vereinigte Stahlobligationen wurden etwas höher bezahlt.

Tagesgeld stand mit 4 Prozent zur Verfügung. Der Privatdiskont blieb unverändert 3/4. Das englische Pfund konnte weiter auf 3,33/4 anziehen.

Am Produktmarkt folgte nach Tagen der Schwäche eine Reaktion. Die ersten amtlichen Notierungen selbst wurden dagegen wieder ausschließlich durch die stehenden Käufe der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft bestimmt, die recht erhebliche Mengen Weizen und Roggen auf handelsrechtliche Vierung aus dem Markt nahm. Das Promptgeschäft schien durch eine weniger vorzügliche Haltung der Mühlen hier und da etwas angeregt zu sein. Für Weizen hielt man auf letzte Preise. Umsätze feststen weiter.

Weizenmarkt.

Dollar: 4,209 (Geld), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 14,03 14,07, holl. Gulden: 169,13 169,47, Belg. (Belgien): 53,23 53,53, ital. Lira: 21,34 21,58, dan. Krone: 72,68 72,82, norw. Krone: 72,28 72,42, franz. Franken: 16,425 16,465, tschech. Krone: 12,465 12,485, schwed. Franken: 81,06 81,22, japan. Yena: 34,37 34,43, schwed. Krone: 76,42 76,58, österr. Schilling: 51,95 52,05, niederländisch Polen: 47,15 47,35.

Warenmarkt.

Mittagsbörsen. (Amtlich.) Getreide und Oelfrüchte per 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März 152—157, April 152—157, Mai 152—157, Roggen März 152—154 (152—154), Braugerste 156—157 (156—157), Futter- und Sudrugerste 158—165 (158—165), Hafer März 113—118 (113 bis 118), Weizenmehl 23,25—26,25 (23,25—26,25), Roggenmehl 19—21,40 (19—21,40), Weizenkleie 8,80—9,20 (8,80—9,20), Roggenkleie 8,70—9 (8,70—9), Vitoriaerbsen 21—26 (21—26), kleine Erbsen 20—22 (20—22), Futtererbsen 13—15 (13—15), Bohnen 13—14,50 (13—14,50), Ackerbohnen 13,50—15,50 (13,50—15,50), Wicken 14—16 (14—16), Lupinen blane 18—24 (18—24), gelbe 11,75—13 (11,75—13), Sesamella neu 10—12 (10—12), Sesamfaden 10 (10), Sesamfaden 10,60 (10,60), Sojabohnenflocken 9,70—10,20 (9,70—10,20), Sojabohnen 8,80 (8,80), Sojabohnenflocken 13,30—13,60 (13,30—13,60).

Großhandelspreise für inländisches Gemüse.

Amlicher Marktbericht der Städtischen Markthallen-Direktion Berlin für lebende Gemüse für 50 Kilo: Weizen: Weizen: Berl. Gärtnereiwär 2—2,50, heiliger 2—2,50, Wirsing: Berl. Gärtnereiwär 3,50—4,50, heiliger 3—4, Rotkohl: Berl. Gärtnereiwär 2,25—3, heiliger 2—2,50, Rosenkohl: 1. 15—18, 2. 11—13, Grünkohl: 2—3, Möbrüben: gewaschen 3—3,50, Rüben: 4—6, erbe 10—12, Kohlraben: 2—3, Rote Rüben: 2,50—3,50, Spinat: —, Blatt: 8—10, Rapsel: 20—30, Champignons: Treibhaus weiße 1. 90—100, 2. 75—85, blonde 1. 75—85, 2. 55—65, Sellerie: 1 6—8, 2 4—5, Meerrettich: 25—30, Zwiebeln: 4,75—5,50, große 5,50—6, Schwarzwurzeln: 15—20, Radishes: Treibhaus Schodbus 2—5, Rettiche: Schod 4—5, Porree: Schod 0,70—1, Petersilie: 100 Bund 3—10 Mark.

Fischgroßhandelspreise.

Amlicher Marktbericht der Städtischen Markthallen-Direktion Berlin für lebende Fische für 50 Kilo: Hechte: unsortiert 50—70, Zander: groß 60, Schleie: unsortiert 60 bis 67, Portionen: 65—70, Aale: groß 110—120, mittel 100, Karpfen: Spiegel 50—53, Schuppen 50, Welsen: unsortiert 20, groß 30, Aale: unsortiert 20—25, Quappen: 30 Mark.

Schlachtviehmarkt.

(Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark.) Breslau, 21. Dezember. Ochsen (26) 1. 25—27, 2. —, 3. 4, 7—10, Bullen (22) 1. 24—25, 2. 20—21, 3. 14—16, Kühe (238) 1. 24—25, 2. 16—18, 3. 10—13, 4. 6—9, Färsen (Kalbinnen) (105) 1. 25—28, 2. 18—21, 3. 12—15, Ferkel (117) —, Kälber (1051) 1. —, 2. 32—34, 3. 26—28, 4. 15—22, Schafe (108) 1. 30—32, 2. 20—22, Schweine (2849) 1. —, 2. 40, 3. 38—39, 4. 36—37, Zonen 34—36. — Markterlauf: Mittelmäßig.

Leer (Ostfriesland), 21. Dezember. Zucht- und Nutviehmarkt. Auftrieb: 170 Stück Großvieh, 91 Stück Kleinvieh. Preise in Reichsmark je Stück: Hochtragende und melkende Kühe: 1. 350—400, 2. 280—350, 3. 180—250, hoch- und niedrigerende: 1. 270—300, 2. 200—250, 3. 140—180, 1—2jährige glatte Kühe 75—135, einjährige glatte Bullenkühe 55—200, Kälber bis zu zwei Wochen 6—12, bis 6 Wochen alte Ferkel 5—6, 6—8 Wochen alte 6—8, Ferkelschweine 12—23. — Markterlauf: Großvieh schleppend, Kleinvieh: Kleinvieh mittelmäßig.

Sondergerichte aufgehoben

Wiederherstellung der Presse- und Versammlungsfreiheit.
Verstärkter Schutz der Persönlichkeit des Reichspräsidenten.

Berlin, 21. Dezember.

Die vom Reichskabinett in den letzten Tagen vorbereitete neue politische Verordnung ist nunmehr nach der Unterzeichnung durch den Reichspräsidenten veröffentlicht worden. Die neue Verordnung trägt den Titel „Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens“ und regelt in 19 Paragraphen die gesamte Materie neu.

Als wichtigste neue Bestimmung bringt die Verordnung an Stelle des Republiksschutzgesetzes, das außer Kraft tritt, einen verstärkten Schutz der Persönlichkeit des Reichspräsidenten. Außerdem werden die üblichen Bestimmungen gegen die Verächtlichmachung des Reiches, der Länder, der Staatsform, der Flaggen übernommen sowie neu ein besonderer Schutz der Wehrmacht eingeführt. Weiter fallen die Sondergerichte fort. Die Versammlungs- und Pressefreiheit wird wiederhergestellt. Alle Verbotsgünde für Zeitungen bleiben nur noch Hochverrat und Landesverrat bestehen. Die Polizei darf künftig auch weiter politische Beauftragte in Versammlungen entlassen. Bestehen bleibt weiter das Recht der zuständigen Stellen, hochverräterische Vereine und Organisationen aufzulösen.

Die neue Verordnung ist in 6 Abschnitte gegliedert, von denen der 1. Abschnitt folgende Vorschriften außer Kraft setzt:

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausbreitungen vom 14. Juni 1932 mit Ausnahme der Paragraphen 22 bis 26;

die zweite Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausbreitungen vom 28. Juni 1932;

die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932;

den Paragraphen 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung des inneren Friedens vom 2. November 1932.

Änderungen des Strafgesetzbuches

und verstärkte Schutzvorschriften für den Reichspräsidenten.
Als Paragraph 49b wird in das St. G. B. folgende Vorschrift eingefügt:

Wer an einer Verbindung oder Verabredung teilnimmt, die Verbrechen wider das Leben bezweckt oder als Mittel für andere Zwecke in Aussicht nimmt, oder wer eine solche Verbindung unterhält, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

Nach diesen Vorschriften wird nicht bestraft, wer der Behörde oder dem Betroffenen so rechtzeitig Nachricht gibt, daß ein Verbrechen der Verbindung oder Verabredung verabredungsbefähigter Verbrechen wider das Leben verhindert werden kann.

Hinter dem ersten Abschnitt des zweiten Teils wird folgender neuer Abschnitt (Paragraph 94) angefügt:

Angriffe gegen den Reichspräsidenten.

Wer gegen den Reichspräsidenten einen Angriff auf Leib oder Leben (Gewalttat) begeht, wird, soweit nicht andere Vorschriften eine schwerere Strafe androhen, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer den Reichspräsidenten öffentlich beschimpft oder verleumdet. Die Tat wird nur mit der Ermächtigung des Reichspräsidenten verfolgt. Für die Befugnis zur öffentlichen Bekanntmachung gilt Paragraph 200 entsprechend.

Sind im Falle des Absatzes 2 mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

Als Paragraph 134 a wird folgende Vorschrift eingefügt:

Wer öffentlich das Reich oder eines der Länder, ihre Verfassung, ihre Farben oder Flaggen oder die deutsche Wehrmacht beschimpft oder böswillig und mit Verleumdung verächtlich macht, wird mit Gefängnis bestraft.

Abchnitt 5 betrifft den Waffenmißbrauch und verlängert die Geltungsdauer des Paragraphen 3 des Gesetzes gegen Waffenmißbrauch vom 28. März 1931 bis auf weiteres.

Die neue Verordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Das Gesetz zum Schutze der Republik vom 25. März

1930 tritt am 31. Dezember 1932, ferner mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung außer Kraft.

Ist jemand wegen einer Tat verurteilt worden, die nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung nicht mehr strafbar ist, so darf die Strafe nicht vollstreckt werden. Dasselbe gilt für Nebenstrafen und Sicherungsmassnahmen lange für rückständige Geldbußen, die in die Kasse des Reichs oder der Länder fließen.

Keine Auftragsnachrichten mehr

Gleichzeitig mit der Verordnung zur Erhaltung des inneren Friedens wurde auch noch eine besondere Verordnung über die Aufhebung der Sondergerichte erlassen.

Anschlag auf die Autonomie Ostoberschlesiens.

Volen ist auf dem besten Wege, die auf die Genfer Konvention sich gründende autonome Verfassung Ostoberschlesiens zu Fall zu bringen. Der Wojewode Graczyński hat in dem Schlesischen Sejm eine Vorlage über die „Verwaltungsorganisation der Wojewodschaft Schlesien“ eingebracht, die auf dem darauf hinausläuft, die verbürgten Rechte der Selbstverwaltung Ostoberschlesiens aufzuheben und dem Schlesischen Sejm noch ein Scheindeckel zu geben. Die Aufhebung der Selbstverwaltung des Sejm ist dem Gesetzgeber der Wojewodschaft zu überlassen. Die Beschränkungen der Wojewoden so weitgehend, daß er alle Macht in seiner Hand vereinigen würde.

Der Krieg in Südamerika geht weiter.

Die paraguayische Regierung erklärt in einer Antwortnote auf die — im Zusammenhang mit der vom Völkerbund angeregten internationalen Vermittlungsoffizien organisierten — Aufforderung der bolivianischen Regierung, die Feindseligkeiten im Gran Chaco einzustellen, daß sie die in der Note enthaltenen Bedingungen nicht annehmen könne. — Inzwischen gehen die Kämpfe im Gran Chaco weiter. Nach einer Mitteilung aus Muncion soll paraguayische Infanterie die bolivianischen Stellungen bei Saavedra eingenommen und die bolivianische Verteidigung eine Bresche gelassen haben. Die Verluste der Bolivianer in der Saavedra-Schlacht in den letzten zwei Wochen werden auf 1000 Mann geschätzt.

Spangenberg Lichtspiele

Sonntag, d. 25. Dezemb. u. Montag, den 26. Dezember abends 8¹⁵ Uhr

Das große Doppelprogramm

Patu. Patachon als Modekönige

in 8 Akten.

Menschen im Feuer

in 10 Akten.

Am 2. Weihnachtstag Nachmittags 4 Uhr

Kindervorstellung

Echter Rügen-Aal,
Echter Rhein-Lachs
Appetitthappen in Majonaise,
Heringe in Majonaise,
in feiner Qualität
H. Mohr.

Zu Familienaufnahmen unterm WEIHNACHTSBAUM

empfehlte sich
H. Möller,
Photograph, Burgstraße.

Den Festkaffee von Karl Bender.

Empfehle für die Feiertage:

ganz prima
Ochsenfleisch,
Kalbfleisch,
Schweinefleisch
sowie
Preßkopf,
Schwarzenmagen,
rohen u. gek. Schinken,
Kochwurst a Pfd. 70 Pfg.
August Meurer,
Metzgermeister.

Wer einen guten Festbraten haben will der kauft ihn nur beim Fachmann ein.

best. Ochsenfl. Pfd. 60 Pfg.
Schweinefl. Pfd. 60 — 75 „
Kalbfleisch Pfd. 50 — 60 „
Schweinegehacktes Pfd. 80 „
Frische Kochwurst Pfd. 70 „

Sowie sämtliche Wurst- und Aufschnitte zu den allerbilligsten Preisen.

Wilhelm Holzhauer
Fleischermeister,
Telefon 85.

Brotbüchsen

porzellanemailiert empfiehlt

Karl Bender.

„DEUTSCHER KAISER“

1. Feiertag

Konzert mit Tanz

Verstärkte Kapelle.

Ausschank von Ia. Herkules Bockbier

Prima Bockwürstchen

Vom Faß
Ia. Moselwein

Ltr. 1.— Mk.

Hess. Lebensmittelhaus

Verreist

bis 3. 1. 1933

Dr. med. et. phil.
G. Giehm

Facharzt f. Nerven u. Gemütsleid.
Kassel, Obere Königsstr. 2

Feinste Jaffa Apfelsinen, große Früchte
Mandarinen,
Weintrauben,
Citronen
Karl Bender.

Chorverein
„Vereinskönig“

Heute abd. 8 Uhr

Weihnachts-Feier

im Saale des Grünen Baum.

Alle aktiven und passiven Mitglieder sowie Freunde des Vereins sind herzlich eingeladen.

Kaffeetafel — Verlosung.

Der Vorstand.

Christian Schönewald
Elisabeth Schönewald

geb. Ellrich

Vermählte

Spangenberg, den 21. Dezember 1932

Zum Weihnachtsfest empfehle:

Feinste Weihnachtsstollen
Frisches Weihnachtsgebäck, Honigkuchen, Ia. Spekulatius
frisch gebrannter Kaffee
Tee, Kakao, Schokoladen
sowie sämtliche Backzutaten zur Weihnachtsbäckerei

Bestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Karl Blumenstein,

Dampfbäckerei mit elektr. Betrieb.

1. Feiertag

KONZERT

„Stadt Frankfurt“

Ia. vollsaftige Apfelsinen	Pfd. 25 Pfg.
Weintrauben	Pfd. 55 „
Bananen	Pfd. 35 „
Feigen	Pfd. 40 „
Datteln	Pfd. 60 „
Lebkuchen	von 10 Pfg. an
Bonbonieren	von 50 „ an
Weihnachtsmänner	von 10 „ an
Schokoladenherzen	5 Pfg.
Honigkuchen	5 Pfg.

Baumbehang, Nüsse

H. Mohr.

Kirchliche Nachrichten.

Sonnabend, den 24. Dezember 1932.

Früher Abend.

Elbersdorf.

Abends 6 Uhr: Pfarrer Höpfer.

Schnelrode.

Nachmittags 4¹⁵ Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Weidelbach Abends 7¹⁵ Uhr: Pfarrer Dr. Bachmann.

Pfaffe Abends 7 Uhr: Vikar Log.